

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupreise

Gemischte Zeitung: Amt Dresden Nr. 31302  
Liegenschaft: Elbgauzeitung

Zustellort: Stadtteil Dresden, Straße Blasewitz Nr. 666

Postleitzahl: Nr. 511 Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadttelle Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Zeitung und Verlagsgesellschaft Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich Mr. Leopold Carl Draeger, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erhältlich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurzlese, Leben im Dörf, Agrar-Warte, Ritter-Zeitung, Angaben werden bis 8 geschaffene Zeitung mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen bis 4 geschaffene Zeitung mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen mit Platzvorbehalt und schwierigen Schriften werden mit 50% Rabatt erhöht. Nachdruck ist verboten. Für Jähr. 150. Gewalt, Krieg, Streit u. s. w. bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung ob. Abschafft. Druck: Clement Landgraf Nachf. Dresden. Preis: Bei unverl. eingeliefert. Mindestpreis ist 10 Pfennige beizutragen. Für Anzeigen, welche durch Zensur aufgezogen werden, kann, wie eine Verantwortl. bez. der Richtigkeit nicht übernommen.

Redaktion und Expedition

Blasewitz, Loschwitzer Str. 4

85. Jahrgang

Ausgabe: 10 Pfennige. Abonnement mit 50% Rabatt erhöht. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorbehalt und schwierigen Schriften werden mit 50% Rabatt erhöht. Schluss der Anzeigenannahme vor dem 11. Uhr. Für das Erstellen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratenberechtigt sind sofort bei Erreichung der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Aussicht gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verpl. Zeitung, Klage ob Kontrolle d. Auftraggeber.

Nr. 171

Montag, den 26. Juli

1926

## Die Hauptfache: Arbeitsbeschaffung

Neue Wege zur Linderung der Arbeitslosigkeit — Der Bau des deutschen Mittellandkanals in greifbare Nähe gerückt; Kosten: eine reichliche halbe Milliarde — Erst am 31. Oktober Landtagswahl in Sachsen — Poincaré verlangt 5 Milliarden neue Steuern

### Die amtliche Verfassungsfeier

Die Reichsregierung wird am 11. August im Reichstag den Verfassungstag mittags durch einen Festakt begehen, der der Erinnerung an die Schöpfung der Weimarer Verfassung dient. Das Programm wird in dem gewohnten Rahmen gehalten sein: Die Festrede hält Reichsinnenminister Dr. Kühl. Deklamatorische und musikalische Darbietungen werden sie umrahmen. Die Feier klingt aus in einer kurzen Ansprache des Reichskanzlers Marx, der das Hoch auf die Republik ausbringt. Vor dem Reichstag nimmt eine Ehrenkompanie der Reichswehr Paradeaufstellung.

### Guillaumat wieder Oberbefehlshaber am Rhein

Der Vorgänger Painleve im Amt des französischen Kriegsministeriums, General Guillaumat, ist von Poincaré am Sonnabend wieder zum Oberkommandierenden der Rheinarmee ernannt worden.

### Neue Schikanen

(Eigener Informationsdienst.) Das neue Verbot der Intervallierten Rheinlandkommission über Aufzüge und Vorbeimärkte von Verbänden und Organisationen, die militärische Gepräge tragen, hat innerhalb der Bevölkerung der besetzten Gebiete neue Erbitterung hervorgerufen. Die Verordnung sagt allerdings nicht viel Neues, da eine ähnliche bereits Anfang Juli von den Besatzungsbehörden herausgebracht wurde. Die Regierung wird bei den noch immer stattfindenden Verhandlungen zwischen dem Ministerium für die besetzten Gebiete und der Kommission die Sprache auf die neue Drangalierung der Bevölkerung bringen.

### Die Ausschreitungen in Germersheim

Nach einer Meldung der D. A. G. aus Germersheim weilt vor kurzem der kommandierende General der Besatzungstruppen in Germersheim, um eine Untersuchung der Vorfälle beim Kriegerfest vorzunehmen.

### Graf Lerchenfeld in Wien

Graf Lerchenfeld, der neue deutsche Gesandte in Wien, ist am Sonnabend dort eingetroffen und vom Personal der Gesandtschaft, von Vertretern der österreichischen Bundeskanzlei und einem Vertreter der Stadt Wien feierlich empfangen worden.

### Die Deutschen als Stühlen der tschechoslowakischen Politik

Der Führer des deutschen Agrarier, Abgeordneter Dr. Spinna, erklärte auf einem Kreisparteitag des Bundes der Landwirte: Der erste schwere Schritt zu einer Neuorientierung der Politik der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei sei gemacht worden und für weitere Schritte werde durch eingehende Verhandlungen der Boden gegeben.

## Der Kampf gegen die Wirtschaftsnott

Zusammenwirken zwischen Reich und Ländern

### Die Durchführung des Regierungsprogramms

Im Reichsarbeitsministerium finden am 28. und 29. Juli über das Programm der Reichsregierung zur

#### Belämpfung der Arbeitslosigkeit

Besprechungen mit den Vertretern der Landesregierungen statt, nachdem am 21. und 22. Juli die Frage der Arbeitsbeschaffung im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den Spitzenorganisationen der Kommunalverbände erörtert worden war.

Die Vertreter der Länder wurden im einzelnen über die Beschlüsse der Reichsregierung und über den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Maßnahmen unterrichtet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fand die grundsätzliche Zustimmung der Länder.

An den Arbeiten der von der Reichsregierung eingesetzten Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung sollen die Länder in der Weise beteiligt werden, daß jedes Land bei den Beschlüssen, die es unmittelbar berühren, mitwirkt; im übrigen soll die Kommission durch zwei ständige Vertreter der Länder ergänzt werden.

Eingehend erörtert wurde dann die

#### Bewerbung

der 100 Millionen Reichsmark

die der Reichsfinanzminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Verstärkung der bisherigen Reichsmittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Vertrag auf dem Anhaheweg aufgebracht werden soll, muß seine

Bewerbung für produktive Anlagen unbedingt sichergestellt

sei. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in Bezirken vorgenommen werden, die besonders unter Arbeitslosigkeit leiden. Bei der Auswahl geeigneter Arbeiten soll die Ministerialkommission mitwirken. Für die Hingabe der Darlehen, die Reich und Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Erleichterungen in Aussicht genommen. Außer-

Das Ziel dieser Politik sei der Nationalstaat,

und wenn die großen deutschen Parteien entschlossen seien, an diesem Ziel mitzuwirken, so könnten die Deutschen allen Angriffen der Gegner ruhig entgegensehen. Zu dem Schritt, der deutschen Parteien habe Mut gehört, aber es sei eine Klärung der inneren Verhältnisse eingetreten,

dem soll es in Zukunft auch möglich sein, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge öffentlichen Körperhaften für Auseilen, die sie für umfangreiche Notstandarbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert selbst aufnehmen, eine Zinsverbilligung zu gewähren.

### Baupläne der Reichsbahn

Allgemein interessieren wird es, zu erfahren, wie die Reichsbahn die ihr erneut zur Verfügung gestellten 100 Millionen M. verwenden will. Wie die Industrie- und Handelszeitung erfährt, wird damit in erster Linie eine Erweiterung der Gleisanlagen, die Inangriffnahme von großen Bauten, von Bahnhöfen, Werkstätten, Bahnbauten und wiederum die Beschaffung von Werkstoffen und die Ergänzung und Verbesserung im Fahrzeugbau in Betracht kommen, weiter wohl auch noch der Brückenbau. Bei sämtlichen Arten der Verwendung würde in her vorragender Weise die Eisenindustrie von dem Programm Nutzen ziehen, daneben wohl auch beim Gleisbau die Stein- und Holzindustrie und beim Brückenbau zu einem gewissen Teil die Bauindustrie.

### Der Mittelland-Kanal

Wie wir erfahren, sind gegenwärtig die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern über die Vollendung des Mittellandkanals in vollem Gange, so daß in absehbarer Zeit mit einem praktischen Ergebnis gerechnet werden kann. Die Haupt Schwierigkeiten liegen auf dem Gebiete der Finanzierung.

Die Gesamtkosten werden auf rund 550 Millionen Mark beziffert.

Davon entfällt ein knappes Drittel auf den Südfügel, zu dessen Kosten auch Sachsen anteilig beiträgt hat. Nach den getroffenen Vereinbarungen sollen durch das Reich zwei Drittel, durch die Länder ein Drittel der Baukosten aufgebracht werden. Auf Sachsen würde ein Anteil von etwas über 20 Millionen Mark entfallen. Was die Ausbringung des sächsischen Kostenbeitrages an betrifft, so sind gegenwärtig, wie man hört, Verhandlungen mit Leipzig auf der Grundlage im Gange, daß die Kosten je zur Hälfte vom sächsischen Staat und von der Stadt Leipzig aufgebracht werden.

die sich vor einem halben Jahr niemand hätte träumen lassen. Die Deutschen müssen endlich die Hand am Steuerruder haben und die Dinge so missen, daß sie zum Heil auch für das deutsche Volk ausschlagen würden. Die deutsche Frage im tschechoslowakischen Staat sei ausgerollt, das sei das Historische an dem Schritt der deutschen Parteien. Die Früchte der neuen Taktik der deutschen Parteien würden aber nur langsam reifen.

### Ist die Locarnopolitik gefährdet?

Die Wiederkehr Poincarés und seine Be trauung mit dem wichtigsten politischen Vorsitz war nicht dazu angelegt, von Seiten Deutschlands die Lage in Frankreich günstiger zu beurteilen als beim Amttritt des Ministerpräsidenten Herrorts. Die Seiten des Ruhrkampfes sind im deutschen Volke, auch in der Arbeiterschaft, nicht vergessen worden. Wenn man trotzdem in Ruhe die Entwicklung in Paris abwartet, ohne ein großes Gedränge gegen den Amtsbekehrt Poincaré zu erheben, so geschieht das ohne Zweifel aus der Erwagung heraus, daß in den beiden letzten Jahren die Entwicklung in Europa fortgeschritten ist und die Atmosphäre der Bedeutung und der Rücksicht, die durch die Radikalpolitik Poincarés hervorgerufen worden war, als überwunden gelten darf. Die Zwischenzeit hat uns den Vertrag von Locarno „geschenkt“. Wir Deutschen wissen, daß einer der heftigsten Gegner der Briand schen Vertragpolitik der neue französische Ministerpräsident Poincaré gewesen ist. Es erhebt sich nun die Frage, die für Deutschland von allergrößter Tragweite ist, ob Poincaré die Gegnerschaft gegen Locarno fortzuführen gedenkt, oder ob er seine Methode ändert und gleich anderen französischen Politiken sich bemüht. Deutschland gegenüber in Zukunft eine freundlichere Geste zu machen.

Ohne allen Zweifel ist auch das bisherige französische Kabinett Briand-Caillaux seinen Verpflichtungen bezüglich des Locarno-Vertrages nicht in genügender Weise nachgekommen. Die deutschen amtlichen Stellen befürchten die Offenkundigkeit, in erster Linie die Bevölkerung der besetzten Gebiete immer wieder damit, daß sie in den guten Willen Briands, die Zusammenarbeit Frankreiche und Deutschland auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu fördern, keinen Zweifel legten und das langsame Tempo der Rückführungen auf den ungeheurem Einfluß der französischen Generale zurückzuführen. Derzeitige französische Politiker, der den Einfluß des französischen Militärs am meisten befürchtigt und für die Durchführung seiner politischen Pläne bemüht hat, ist wiederum der neue französische Ministerpräsident. Die Aussichten, auf das Infrastruktur der Locarno-Verträge rechnen zu können, mühten auf den Nullpunkt zurückzuführen, wenn nicht Briand in diesem Kabinett das Außenministerium übernommen hätte. Mit seinem Namen ist die Politik von Locarno eng verknüpft. Er wird nicht umhin können, diese Politik in der bisherigen Weise fortzuführen. Trotzdem wird Poincaré mit seinen Hintermännern die Politik der Verhängung nur dann gutheißen und unterstützen, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, auf diese Weise zu einer Stabilisierung der französischen Währung zu gelangen. Der französische Ministerpräsident wird schon in den allernächsten Wochen Gelegenheit haben, seinen politischen Willen kundzutun, indem er dafür Sorge trägt, daß die bereits für dieses Frühjahr zugesagte Aufhebung der ländlichen Militärkontrolle wenigstens bis zum Herbst und bis zum Eintritt Deutschlands